

I. Anmeldung

TOP: _____

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 21.07.2016

öffentlich

Betreff:

Breitbandausbau in Nürnberg - Sachstand

Anlagen:

Sachverhalt

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
RWA	05.11.2014	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
RWA	21.10.2015	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Stadt Nürnberg beteiligt sich am Bayerischen Breitbandförderprogramm, um auch in den Gebieten, in denen nur geringe Bandbreiten zur Verfügung stehen, die Versorgungssituation zu verbessern. Die Analyse der Ist-Situation und das Ergebnis der Markterkundung liegen vor. Derzeit läuft die Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Durch den von Telekommunikationsunternehmen gemeldeten eigenwirtschaftlichen Ausbau auf deren eigene Kosten werden bereits jetzt, ohne den Einsatz öffentlicher Mittel, laufend in bislang unterversorgten Bereichen des Stadtgebietes erhebliche Verbesserungen der Breitbandversorgung erzielt.

Parallel wurden im Rahmen des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau Fördermittel in Höhe von 50.000 € für Planungs- und/oder Beratungsleistungen beantragt. Der Zuwendungsbescheid des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur liegt bereits vor. Es ist geplant diese Mittel für eine Untersuchung der Nürnberger Gewerbegebiete einzusetzen.

Die Bundesregierung hat am 27. Januar 2016 den vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) vorgelegt und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Ziel ist es, Ineffizienzen beim Infrastrukturausbau zu beseitigen und Kosten zu senken. Aus Sicht von Ref. VII/WiF wird sich hieraus weiterer Handlungsbedarf für die Stadt ergeben.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten 393.333 €

Folgekosten € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv 393.333 €

davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv €

davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es ist keine Diversity-Relevanz zu erkennen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Referat VII

Nürnberg, 20.06.2016
Referat VII

(-29 98)